



Geschäftsführung Ausschuss Kunst und Kultur

Herr Freitag

Telefon: (0221) 221-23657

Fax: (0221) 221-24141

E-Mail: uwe.freitag@stadt-koeln.de

Datum: 19.10.2010

Niederschrift

über die **7. Sitzung des Ausschusses Kunst und Kultur** in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, dem 07.09.2010, 15:37 Uhr bis 19:47 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

Anwesend waren:

Vorsitzende

Frau Dr. Eva Bürgermeister	SPD
----------------------------	-----

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Anke Brunn	SPD	
Frau Polina Frebel	SPD	in Vertretung für Bürgermeisterin Scho-Antwerpes bis 18:05 Uhr
Frau Monika Möller	SPD	
Frau Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes	SPD	ab 18:05 Uhr
Herr Dr. Ralph Elster	CDU	
Herr Helmut Jung	CDU	
Herr Franz-Josef Knieps	CDU	
Frau Katharina Welcker	CDU	
Frau Brigitta von Bülow	GRÜNE	
Herr Stefan Peil	GRÜNE	
Herr Peter Sörries	GRÜNE	
Herr Dr. Ulrich Wackerhagen	FDP	
Herr Jörg Uckermann	pro Köln	in Vertretung für Herrn Alsbach

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Frau Sengül Senol	DIE LINKE
Herr Thor-Geir Zimmermann	DEINE FREUNDE

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Dr. Winfried Gellner	SPD
Herr Till Kniola	SPD

Frau Karin Reinhardt	CDU
Herr Dr. Ulrich Soénius	CDU
Frau Jeane von Oppenheim	CDU
Frau Maria Spering	GRÜNE
Frau Friederike van Duiven	GRÜNE

Ratsmitglieder

Herr Volker Görzel	FDP	in Vertretung für Herrn Deutsch
--------------------	-----	---------------------------------

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Rita Krause	pro Köln
Frau Monika Ruiten	DIE LINKE
Herr Ludwig von Rautenstrauch	

Für die Denkmalpflege sachverständige Bürgerinnen und Bürger

Herr Dr. Reinhard Heinemann	Für die Denkmalpflege sachverständiger Bürger
-----------------------------	---

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Ute Palm	Behindertenvertretung	
Frau Maria Blank	Seniorenvertretung	in Vertretung für Herrn Klehn
Herr Marco Malavasi	LSVD OV Köln	

Verwaltung

Herr Beigeordneter Prof. Georg Quander	Dezernat für Kunst und Kultur
Herr Dr. Ulrich Fischer	Historisches Archiv
Dr. Matthias Hamann	Direktor des Museumsdienstes
Frau Renate Kaymer	Stadtkonservatorin
Herr Herbert Malchers	Leiter der Puppenspiele
Herr Dr. Konrad Schmidt-Werthern	Leiter des Kulturamtes

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Detlef Alsbach	pro Köln
---------------------	----------

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Klaus Hoffmann	Freie Wähler Köln
---------------------	-------------------

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- A** Vorstellung des Programms der Cologne Fine Art Antiques durch die Direktorin Ulrike Berendson
- 1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten**
- 2 Schwerpunktthemen**
- 2.1 Kulturelle Bildung in Köln
Bericht des Direktors des Museumsdienstes Dr. Hamann
- 2.2 Tanzhaus
Vorstellung der Kostenschätzung nach DIN 276 durch die Architekten und Fachplaner
- 2.2.1 Tanzhaus
hier: Ergebnisse der Kostenermittlung für den Um- und Ausbau 3528/2010
- 3 Kulturbauten**
- 4 Schriftliche Anfragen**
- 4.1 Anfrage der Fraktion pro Köln betreffend "Zustand des aus dem eingestürzten Stadtarchiv geborgenen Archivgutes"
AN/1398/2010
- 4.2 Anfrage des sachverständigen Bürgers für die Denkmalpflege, Herrn Dr. Heinemann, betreffend "Beteiligung der Stadt Köln an der gemeinnützigen GmbH Butzweilerhof"
AN/1520/2010
- 5 Schriftliche Anträge**
- 5.1 Gemeinsamer Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Darstellung der Sparten im Kulturausschuss"
AN/1586/2010
- 6 Allgemeine Vorlagen**
- 6.1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft
1346/2010

- 6.2 Beurteilung des Vorschlags 698/100 zum Bürgerhaushalt - Meschenich - Bücherangebot durch Bücherbus verbessern
1730/2010
- 6.3 Neufestsetzung der Eintrittspreise für die Erwachsenen-Puppensitzung, für Erwachsene in der Kinderpuppensitzung und Erwachsenenvorstellungen
2267/2010
- 6.4 Bedarfsprüfung, Einleitung eines Vergabeverfahrens und Abschluss von Verträgen für die Lieferung von Hard- und Software für die Einführung der RFID-Technologie bei der Stadtbibliothek Köln
5422/2009

7 Sonderausstellungen

- 7.1 Genehmigung der Mittelverwendung für Sonderausstellungen der Museen - Fortschreibung
3282/2010

8 Annahme von Schenkungen

- 8.1 Annahme einer Schenkung an die Stadt Köln, Museum Schnütgen hier: Gotisches Holzrelief mit der "Anbetung der Heiligen Drei Könige"
3283/2010

9 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

10 Mitteilungen der Verwaltung

- 10.1 Künstlerdossiers in der Kunst- und Museumsbibliothek der Stadt Köln (KMB)
2566/2010
- 10.2 Projekt "Kunst- und Ausstellungsdocumentation" der Kunst- und Museumsbibliothek der Stadt Köln und des Seminars für Kunstgeschichte der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
2582/2010
- 10.3 Beantwortung der Anfrage der Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln e.V. im Rat der Stadt Köln vom 26.07.2010 - Zustand des aus dem eingestürzten Stadtarchiv geborgenen Archivgutes
3286/2010
- 10.4 Internetpräsenz des Kulturamts
3348/2010
- 10.5 Kölner Bündnis für eine gewaltfreie Erziehung: Einladung zur Eröffnung der Ausstellung "Was heißt den hier Respekt? Respekt, das Thema geht uns alle

an!" am 09. September 2010 um 18.00 Uhr in den Colonaden im Kölner Hauptbahnhof
3458/2010

- 10.6 Erfahrungsbericht nach Neufassung der Satzung zur Vergabe der Förderstipendien der Stadt Köln
2609/2010
- 10.7 Anmietung der Porta-Logistikhalle in Porz-Lind zur Einrichtung des Restaurierungs- und Digitalisierungszentrums (RDZ)
3473/2010
- 10.8 Neubau des Historischen Archivs und der Kunst- und Museumsbibliothek
3650/2010
- 10.9 Denkmalpflegerisches Gutachten Melaten
3691/2010
- 10.10 Sanierung der Orangerie im Volksgarten
3514/2010
- 11 Mündliche Anfragen**

II. Nichtöffentlicher Teil

- 12 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten**
- 13 Schwerpunktthemen**
- 14 Schriftliche Anfragen**
- 15 Schriftliche Anträge**
- 16 Allgemeine Vorlagen**
- 17 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 18 Mitteilungen der Verwaltung**
 - 18.1 Institutionelle Förderung Bühne der Kulturen e. V., Sachstandsbericht 3363/2010
 - 18.2 Städt. Liegenschaft Niehler Str. 102 - 158, 50733 Köln, ehem. Clouth - Gelände 3607/2010
- 19 Mündliche Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

A Vorstellung des Programms der Cologne Fine Art Antiques durch die Direktorin Ulrike Berendson

Die Direktorin Frau Berendson stellt das Profil der Cologne Fine Art & Antiques („Cofaa“) vor, welche vom 16. -21. November 2010 zum dritten Mal unter ihrer Leitung stattfindet. Sie weist darauf hin, dass sie im Juli 2008 diese Aufgabe übernommen habe. Die damalige schwierige Situation der Kölner Kunstmessen führte zu der Entscheidung, das Profil der „Cofaa“ zu korrigieren, um sie von der Art Cologne abzugrenzen und damit beide Messen zu stärken. Für die Glaubwürdigkeit dieses Schrittes sei es notwendig gewesen, eine eigene künstlerische Leitung für die „Cofaa“ zu installieren. Mit der dritten Ausgabe seit der Profiländerung, sei die Neupositionierung der „Cofaa“ abgeschlossen und deren Inhalte definiert. Man verzichte auf die junge Kunst des 21. Jahrhunderts und konzentriere sich auf alte Kunst und moderne Kunst des 20. Jahrhunderts, Angewandte Kunst und Design bis ins 21. Jahrhundert und zeitgenössisches Design mit dem Ziel, alle Altersgruppen anzusprechen. Ein weiteres Ziel der Neukonzeption sei es, an die Erfolgsgeschichte der Westdeutschen Kunstmesse anzuknüpfen. Allerdings keine bloße Fortsetzung der Tradition, sondern eine Verbindung von Tradition und Innovation durch Inhalte, ein bestimmtes Konzept und ein modernes aber gleichzeitig elegantes Erscheinungsbild. Sie unterstreicht, dass der Inhalt aus Kunst der Antike bis hin zum Zeitgenössischen Design bestehe. Das Konzept sei eine offene Aufplanung, welche die einzelnen Segmente zueinander in Beziehung setze und den Besuchern neue und überraschende Blickwinkel biete.

Sie berichtet weiter, dass die „Cofaa“ inzwischen im Kunstmarkt als Impulsgeber für den zeitgemäßen Blick auf Kunst- und Antiquitätenmessen gesehen werde. Wichtige Aussteller seien zurückgekehrt und neue dazu gewonnen worden. Die Stärke der Kölner Kunstmessen sei stets gewesen, dass wichtige Galerien aus Köln und dem Rheinland die Messen getragen haben. Durch diese Galerien sei es gelungen, auch internationale Aussteller für Köln zu gewinnen. Sie hebt hierbei die Zusammenarbeit mit Gordian Weber und Gabrielle Ammann, über die man Händler aus Paris und London gewonnen habe, hervor. Durch die bekannten Aussteller kämen Sammler und viele Kunstinteressierte zurück nach Köln. Sie weist darauf hin, dass sich durch die Kunstmessen „Cofaa“ und „Art Cologne“ zweimal im Jahr für Köln die Möglichkeit biete, für die Kunststadt Köln, deren Museen und Kulturleben zu werben. Zudem sei ihr auch die Verbindung zwischen der Kölner Messe und den Kölner Museen wichtig. Sie hebt die diesjährige Zusammenarbeit mit dem Museum für Angewandte Kunst und Cologne Design Lounge hervor.

Sie führt weiter aus, dass es der „Cofaa“ und der „Art Cologne“ mit neuen klaren Profilierungen gelungen sei, ein Alleinstellungsmerkmal in der deutschen Messelandschaft zu entwickeln. Es gebe neben Köln keine weitere Stadt in Deutschland, mit zwei sich inhaltlich ergänzenden Kunstmessen, die das ganze Spektrum der Kunst und Angewandten Kunst von der Antike bis ins 21. Jahrhundert abdecken. Außerdem wirke sich die Stärkung der beiden Kölner Kunstmessen positiv auf den Kunsthandelsstandort Rheinland aus.

Abschließend erläutert sie als Ziele für die nächsten Jahre die Fortschreibung der Erfolgsgeschichte beider Messen, sowie deren Inhalte zu verdichten und das zurück eroberte Ansehen weiter auszubauen.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister hebt hervor, dass sich die Prognosen und das Programm gut anhören. Außerdem stelle die Kombination mit neuen Sparten unter Einbeziehung des Designs eine große Herausforderung dar, welche jedoch den Design-

standort Köln stärke. Sie wünscht ihr im Namen des Ausschusses viel Erfolg für die Messe.

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2 Schwerpunktthemen

2.1 Kulturelle Bildung in Köln

Bericht des Direktors des Museumsdienstes Dr. Hamann

Der Direktor des Museumsdienstes Dr. Hamann stellt das Konzept Kulturelle Bildung in Köln (KUBIK) anhand einer PowerPoint-Präsentation vor.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister betont, dass für ihre Fraktion die Kulturelle Bildung weit oben auf der Agenda stehe, weil diese Querschnittsaufgabe ein sehr wichtiges Thema sei. Es sei anhand der Institutionen aufgezeigt worden, dass die Stadt Köln für die Kulturelle Bildung bereits sehr viel unternehme. Sie halte es für wichtig, dies zusammenzuführen und zu strukturieren. Ebenso müsse man Schwerpunkte setzen, um festzustellen, wo inhaltlich und strukturell die wichtigen Aufgaben für ein solches Konzept zu leisten seien. Dies gelte auch für die gesamtstädtische Verteilung der Angebote. Das Thema Schule sei aus ihrer Sicht ebenfalls eine zentrale Aufgabe. Dies sei jedoch im weiteren Verlauf des Vortrags nicht mehr zum Tragen gekommen. Sie regt an, dies vertiefend zu behandeln, da Kulturelle Bildung und Schule ihres Erachtens zusammengehören, um eine möglichst breite Zielgruppe zu erreichen.

Beigeordneter Prof. Quander ergänzt, dass es bereits hochqualitative Angebote der Kulturellen Bildung von verschiedenen Kultureinrichtungen und Initiativen gebe. Das Problem sei, dass kein vernetztes und koordiniertes Gesamtkonzept existiere. Dies sei schwierig darzustellen, weil hiervon drei Dezernate betroffen seien. Das Kulturdezernat, weil man dieses Thema bereits über den Kulturentwicklungsplan als Zentralthema definiert habe. Im Bildungsbereich sei Dezernat IV betroffen und Dezernat V wegen der Themen Interkultur, Integration und Migration. Letzteres sei nicht so aktiv an dem Konzept beteiligt gewesen, wie das Amt für Jugend und Familie und der Museumsdienst. Dies sei eigentlich der entscheidende Punkt und das Thema Kulturelle Bildung bestehe aus wesentlich mehr, als aus der zu installierenden Koordinierungsstelle und den im Kulturhaushalt enthalten Mitteln in Höhe von 85.000 EUR. Die Basis der Kulturellen Bildung, finanziell wie personell, werde ganz woanders geleistet. Er betont in diesem Zusammenhang, dass die einzurichtende Zentralstelle mit einer entsprechenden Vernetzung elementar und wichtig sei. Man könne mit dem Konzept erfolgreicher sein, wenn es gebündelt, vernetzt und zusätzliche Fördergelder eingeworben werden könnten.

Herr Dr. Soénus hebt hervor, dass das Thema Kulturelle Bildung für seine Fraktion ebenfalls ein wichtiges Thema sei und fragt, inwieweit die anfangs genannten Träger außerhalb der städtischen Institutionen in dieses Programm eingebunden gewesen seien. Ihn würde deren Standpunkt interessieren und ob sie in Zukunft daran mitwirken. Er halte es für wichtig, dass nicht nur die Stadt Köln, sondern auch freie Träger daran mitarbeiten und ihr Angebot einbringen. Ansonsten handele es sich um eine städtische Koordinierungsstelle für innerstädtische Mitarbeiter, die man in dieser Form nicht benötige. Das Reizvolle sei seines Erachtens die Mitarbeit der Freien Szene, denn er bevorzuge etwas kreativeres, als den geplanten Steuerungsbeschluss, der ihm zu gremienhaft erscheine.

RM Peil schließt sich im Wesentlichen den Ausführungen seiner Vorredner an und betont, dass er die Sache aufgrund der Bedingungen jedoch kritischer sehe. Er merkt an, dass er die Jugendkunstschule Köln mitgegründet habe und die Szene dadurch sehr gut kenne. Nach seiner Auffassung halte er in diesem Zusammenhang ein städtisches Fördervolumen in Höhe von 85.000 EUR für verfehlt. Wenn man über 8,5 Mio. EUR reden würde, was jedoch völlig illusionär sei, könne er einen Sinn darin sehen. Er sei mit der Definition von Kultureller Bildung und Bildung durch Kunst durchaus einverstanden. Dies habe die kulturpolitische Gesellschaft jedoch bereits in den 1980er Jahren erarbeitet und publiziert. Er hält es zudem für bedenklich, ein aufwendiges Gremium zu bilden, welches mit so wenig Geld versorgt werde und dies mit einer zusätzlichen städtischen Stelle zu besetzen. Er zeigt auf, dass den Institutionen die Zeit fehle, hierbei mitzuwirken. Außerdem gebe es diesbezüglich bereits eine Menge von Vernetzungen und Qualitätsmanagement. Er weist darauf hin, dass mindestens ein Drittel der Einrichtungen bereits zertifiziert und vernetzt seien und dies entsprechend praktizieren, weil sie sonst keine Fördermittel bekommen würden. Natürlich könne dies verbessert werden, aber Koordinierung und Vernetzung reiche seines Erachtens hierfür nicht aus. Er bezweifelt, dass die Adressaten für diese Arbeit den Wert erkennen, deshalb sollte man das Projekt nicht durchführen und das Geld indirekt zur Verfügung stellen.

RM Uckermann stellt dar, dass er in der Kulturellen Bildung Fehlentwicklungen sehe. Er würde es begrüßen, wenn die Folien entsprechend nachgereicht werden, um durch eine Veröffentlichung den Bürgern darzustellen, was mit ihren Steuergeldern passiere. Er kritisiert zudem das Einwerben von Mitteln der Rheinenergie.

Herr Dr. Heinemann fragt, wie man mit dem Thema Motivierung der Eltern im Zusammenhang mit der Kulturellen Bildung umgehe.

Frau Brunn betrachtet die geführte Diskussion als erste Überlegung zur Einführung eines solchen Konzeptes und schließt sich den Bemerkungen von Herrn Dr. Soénus und RM Peil an. Es müsse überlegt werden, welche zusätzlichen Bedürfnisse man in der Kulturellen Bildung habe. Hier bestehe ihrer Ansicht nach ein Missverhältnis zwischen den verfolgten Ambitionen dieses Projektes und den tatsächlichen Möglichkeiten. Es gebe kein Bedürfnis nach einer zusätzlichen Steuerungsgruppe der Stadt Köln und weiteren Sitzungen, sondern Erfordernisse nach zusätzlichen Informationen und Hilfe bei der Vernetzung. Deshalb rät sie dazu, das Konzept auf einen Kern zu reduzieren, der diesen Möglichkeiten und den Bedürfnissen der Stadt entspreche. Diese liegen darin, beispielsweise die entsprechenden Abläufe in den Schulen und die aktuellen Vernetzungen zu verstärken. Außerdem müsse das Einwerben von Mitteln auf Bundes- und Landesebene intensiviert und das Verfahren vereinfacht werden. Sie hält es für sinnvoll, sich auf die wesentlichen Punkte zu konzentrieren, für die man die wenigen zur Verfügung stehenden Mittel sinnvoll einsetzen könne.

RM von Bülow betont, dass die interkulturelle Bildung zu würdigen sei und durch das vorgestellte Konzept einen größeren öffentlichen Rahmen erhalten müsse. Das Problem bestehe ihres Erachtens unter anderem darin, dass das Konzept der Politik nicht vorliege und man insofern nicht daran beteiligt sei. Dies sei ihres Erachtens dem Stellenwert der Sache nicht dienlich.

Sie weist darauf hin, dass in den Schulen ein großer Umbruch stattfinde, den sie in dem Konzept vermisste. In den Grundschulen betreffe dies den gesamten Bereich der Offenen Ganztagschule. Hier erwartet sie, dass ein Konzept zur Kulturellen Bildung diesen Bereich stärker aufgreife und fördere, um die Schulen zu erreichen. Sie kritisiert den geplanten Wechsel der Zuständigkeit zwischen dem Jugendbereich und dem Museumsdienst. Hierbei bleibe der Bereich Schule außen vor. Es müsse darüber diskutiert werden, ob das Konzept nicht sogar dort hingehöre. Sie spricht sich außerdem

gegen einen Wechsel der Zuständigkeit aus, weil es mit dem Fortgang des Projektes Verluste geben könne.

Sie fragt, auf welche Weise man weiterarbeiten könne, bzw. wie die Zukunft der Interkulturellen Bildung aussehen werde, wenn das Konzept auf der „Task-Force“-Liste stehe und demnach eine Finanzierung nicht gesichert sei.

RM Dr. Elster hätte sich prinzipiell gewünscht, dass von der Verwaltung eine Vorlage vorgelegt worden wäre, die darstellt, wie es zum jetzigen Zeitpunkt mit dem Pilotprojekt weitergehe oder ob es hierzu andere Überlegungen gebe. Er würde bedauern, wenn man das Projekt streiche, weil er hier einen Förderschwerpunkt sehe. Allerdings gebe es einiges nachzubessern. Es würde es begrüßen, wenn dies schriftlich getan werde und nicht nur in Form eines Vortrages. Ihm sei außerdem das Thema Fördermittel wichtig. Insbesondere die Unterstützung der Szene, Fördermittel auf Landes-, Bundesebene oder EU-weit zu akquirieren. Zudem halte er den Servicegedanken für unterrepräsentiert, denn es entstehe der Eindruck, dass die Verwaltung eine Organisation erfinde, um Dinge zu administrieren. Er hält es für eine bessere Idee, als Servicestelle für die Szene in der Kulturellen Bildung zur Verfügung zu stehen und als Serviceeinheit zu funktionieren. Es müsse dargestellt werden, dass sich die Besetzung dieser Stelle unterm Strich rechne. Dies könne sich beispielsweise in einer Pilotphase zeigen. Es wäre in der Tat schade, wenn man ausgerechnet den im Kulturentwicklungsplan identifizierten Schwerpunkt aufgeben würde.

Der Direktor des Museumsdienstes Dr. Hamann erläutert, dass die Freie Szene einen hohen Bedarf an Vernetzung habe. Dies sei in den geführten Gesprächen deutlich geworden. Eine noch höhere Anforderung bestehe allerdings an gemeinsamer Öffentlichkeitsarbeit und Beratung. Es gebe viele Künstler, die im schulischen Bereich kooperieren und entsprechende kulturpädagogische Beratung benötigen. Die Überlegung bestehe darin, die Freie Szene über eine, einmal im Jahr stattfindende, Konferenz stärker einzubinden, um ein gutes Feedback zu ermöglichen.

Er weist darauf hin, dass der von RM von Bülow angesprochene Schulbereich bereits gefördert werde. Das Förderprojekt Kultur und Schule sei im letzten Jahr mit 149.000 EUR unterstützt worden. Die Projektvergabe erfolgt durch das Schulamt. Insofern müsse man sich abstimmen, um die Schwerpunkte zu identifizieren und den Prozess nahtlos gestalten zu können. Er weist darauf hin, dass mehrere Dezernate beteiligt seien und überlegt werden müsse, wie man weiter damit umgehe. Der intendierte Wechsel der Stelle sei Teil der Beschlusslage, auf der man letztlich agieren musste. Bezüglich der Elternmotivation erklärt er, dass man Kinder und Jugendliche aus eher schwierigen Verhältnissen gut durch Gruppen motivieren könne, denen sie selbst zugehörig seien, wie z.B. die Schulklasse. Die Erfahrungen des Museumsdienstes und aller Projektausführenden zeigen, dass genau diese Strukturen diejenigen seien, die Kinder und Jugendliche aus ihrem üblichen Milieu herauslösen. Es stelle sich die Frage, wie stark man in manchen Bereichen auf die Eltern setzen könne, oder ob man nicht andere Organisationsformen wählt, um Abstand zu gewinnen. Hierzu gebe es gewisse Beispiele und Hinweise aus den Sozialämtern. Er glaubt, dass Jugendeinrichtungen und Schulen die richtigen Ansatzpunkte seien.

Er räumt ein, dass der Schulbereich in den ausgeführten Beispielen seiner Präsentation tatsächlich etwas zu kurz gekommen sei. Dies hänge damit zusammen, dass dieser Förderbereich weder vom Jugendamt, noch vom Museumsdienst betreut werde, sondern durch das Schulamt, wo es entsprechende Abstimmungsprozesse gebe. Hierbei handele es sich um Landesgelder, die originär kein Teil des Projektes seien. Die Schule befinde sich diesbezüglich in einer Entwicklungsphase. Er zeigt auf, dass nicht nur die OGTs, sondern auch der tatsächliche schulische Ganztag dort Chancen biete. Hier müsse man dabei bleiben, weil die Schule ein wichtiger Bezugspunkt sei.

Bezüglich der Fortführung erklärt er, dass man von der RheinEnergie-Stiftung, welche eine ausgewiesene Einrichtung für Kulturelle Bildung sei, Fördermittel bis 2012 erhalte, um eine solche Plattform weiterzuentwickeln.

Herr Sörries kritisiert, dass die von der Verwaltung beantragten Mittel, welche eigentlich dem Träger zustehen, innerhalb der geplanten Verwaltungsstruktur erneut vergeben werden. Damit werde im Endeffekt die Verwaltung zum Antragsteller und somit zum Gegenpol der Akteure. Er halte dies für kontraproduktiv, weil es bereits Strukturen gebe, um Anträge zu stellen. Er berichtet, dass die Jugendkunstschulen auf Bundes- und Landesebene bereits vernetzt seien und befürchtet, dass die Verwaltung intern keine Vernetzung hinbekomme, wenn alle zwei Jahre die Zuständigkeit wechselt. Dies widerspreche dem gesamten Konzept und es sollte seines Erachtens nicht in der Form praktiziert werden. Er unterstreicht, dass die Verwaltung bei der Beantragung von Fördergeldern nicht als Konkurrenz zu den Trägern auftreten dürfe.

Beigeordneter Prof. Quander zeigt auf, dass die Verwaltung noch nicht in der Lage sei, dem Ausschuss Kunst und Kultur eine entsprechende Vorlage vorzulegen. Dies sei der Haushaltsproblematik geschuldet. Trotzdem wollte man dieses Schwerpunktthema in der heutigen Sitzung miteinander diskutieren. Er schlägt deshalb vor, dass der Direktor des Museumsdienstes Dr. Hamann eine Zusammenfassung des Konzeptes den Mitgliedern des Ausschusses Kunst und Kultur zur Verfügung stellt.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister zeigt auf, dass man sich grundsätzlich über die Ziele einig sei, obwohl es einige kritische Nachfragen und Kritik gegeben habe. Man wolle die Kulturelle Bildung stärken, die Zielgruppen erreichen, eine bessere Öffentlichkeitsarbeit für die Kulturelle Bildung, um auch externe Mittel einzuwerben. Sie plädiert dafür, die Anregungen in das Konzept mit einzubeziehen. Abschließend bedankt sie sich im Namen des Ausschusses Kunst und Kultur beim Direktor des Museumsdienstes Dr. Hamann für dessen ausführlichen Bericht.

2.2 Tanzhaus Vorstellung der Kostenschätzung nach DIN 276 durch die Architekten und Fachplaner

2.2.1 Tanzhaus hier: Ergebnisse der Kostenermittlung für den Um- und Ausbau 3528/2010

Kulturamtsleiter Dr. Schmidt-Werthern erläutert den Inhalt der Mitteilung und hebt hervor, dass es sich hierbei um eine Kostenermittlung gemäß DIN 276 handele. In der Anlage 1 seien der Grundriss des Erdgeschosses sowie der Querschnitt der Bühne dargestellt. Die Mitteilung enthält außerdem eine grobe Beschreibung der Kostenermittlung, sowie die Einschätzung der Verwaltung in einer komprimierten Form. Er weist zudem darauf hin, dass die Architekten des Architekturbüros für Rückfragen zur Verfügung stehen.

Frau Brunn zeigt sich erfreut darüber, dass man nun ein ganzes Stück weiter sei, als vor einem Jahr, als noch nicht sicher gewesen sei, ob man überhaupt Berechnungen anstellen könne. Insofern sei dies ein guter Schritt. Sie unterstreicht, dass hier ein reifes Baukonzept vorgelegt worden sei, hinter welches man sich in der Sache stellen könne. Sie weist darauf hin, dass man sich nicht inhaltlich, jedoch baulich anstrengen müsse, wenn man sich mit Düsseldorf und Essen vergleichen wolle. Es müsse festgehalten werden, dass dies immerhin ein erster Schritt betreffend der Aufführungs- und Probemöglichkeiten sei. Das Ganze mache allerdings nur Sinn, wenn man der

Szene an anderer Stelle nicht gleichzeitig den Boden unter den Füßen wegziehe. Sie erkundigt sich in diesem Zusammenhang nach den Planungen der Orangerie und der Wachsfabrik, die eventuell als Unterbringung in Frage kämen. Es müsse außerdem ein vernünftiges Konzept für den Betrieb erarbeitet werden. Sie fragt hierzu nach dem aktuellen Sachstand und welche Finanzierung für den Betrieb, Miete, Technik, künstlerische Leitung und Intendanz angesetzt sei. Inwieweit sei dem entgegengewirkt, dass die Szene nichts aufführen und produzieren könne, obwohl sie eine Aufführungsstätte bekomme. Es dürfe nicht zu Kürzungen von Projektmitteln kommen. Sie betont, dass die Fragen und Anregungen mit einem Dankeschön verbunden seien.

Herr Dr. Wackerhagen zeigt auf, dass die Gebäudewirtschaft die Kosten auf 1,6 Mio. EUR geschätzt habe. Die Ermittlung des Ausbaus durch die Architekten liege nun bei 4,1 Mio. EUR. Er bittet um Aufklärung.

Herr Knieps fragt nach der nachhaltigen Finanzierbarkeit des Projektes und ob der Etat dazu überhaupt ausreiche. Schließlich ginge es um eine sehr hohe Summe.

Kulturamtsleiter Dr. Schmidt-Werthern weist zunächst darauf hin, dass das Thema Orangerie unter TOP 10.10 behandelt werde. Bezüglich der Wachsfabrik berichtet er, dass der Vertrag zum 15. Mai 2011 auslaufe und neu verhandelt werden müsse. Es sei lange und leider erfolglos nach einer geeigneten städtischen Immobilie gesucht worden. Da eine Mindestfläche von 1500 qm benötigt werde, sei man gezwungen, diese privat anzumieten. Eine Miete sei substantiell, so dass sie mit einzurechnen sei. Zu den sonstigen Kosten erläutert er, dass der Rückbau dazu komme. Sollte es sich hierbei um eine städtische Baumaßnahme handeln, kämen die Kosten für die Gebäudewirtschaft hinzu, die in der DIN 276 Rechnung nicht enthalten seien. In einer Beschlussvorlage würde dies entsprechend dargestellt.

Er erklärt weiter, dass die Betriebskosten im Hinblick auf den Standort Mülheim in der Tat schon einmal durchgerechnet worden seien. Damals habe ein Projektsteuerer einen Wirtschaftsplan erarbeitet. Die Grundlage hierfür sei die Zusage des Landes gewesen, sich unter bestimmten Voraussetzungen mit 300.000 EUR zu beteiligen. Dies sei eine gute Grundlage, die man erneut betrachten und aktualisieren müsse. Das wirkliche Problem war und ist der Ort.

Er zeigt auf, dass nach dem vor zweieinhalb Jahren mit Vertretern der Szene entwickelten Konzept, eine Projektmittelkürzung an anderer Stelle tatsächlich eine Rolle spielen würde. Dieses Konzept, welches nun ein Arbeitsentwurf sei, wies zuvor ein Drittel Beteiligung der Freien Szene auf. Wenn man die geplanten Kürzungen im Tanzbereich realisiere oder weiter verstärke, käme ein geringeres Angebot zu Stande, wodurch es schwieriger werde. Die anderen Zweidrittel bestehen aus der lokalen Szene, sowie dem regionalen und nationalen Angebot.

Auf die Frage von Herrn Dr. Wackerhagen antwortet er, dass die Gebäudewirtschaft die Kosten für den Bau, den Sanitärbereich und die Heizungsanlage geschätzt habe. Hierbei handele es sich um die Kostengruppen 400 und 500. In den Berechnungen der Architekten sei die gesamte Technik als wesentlicher Teil dazugekommen und mitberechnet worden.

Beigeordneter Prof. Quander erklärt zu der Frage von Herrn Knieps, dass es sich hierbei um das gleiche Dilemma handele, welches man mit allen Maßnahmen habe, die im letzten Jahr mit dem Kulturentwicklungsplan als richtig und notwendig für die kulturelle Entwicklung der Stadt Köln identifiziert worden seien. Er erinnert daran, dass die Dinge, die man im Kulturentwicklungsplan festgehalten habe, stets voraussetzten, dass der Kulturhaushalt wieder auf einen angemessenen Anteil, wie in anderen deutschen Großstädten auch, zurückgeführt werde. Er nennt in diesem Zusammenhang die Zielmarke von 200 EUR pro Kopf der Bevölkerung. Man habe mit dem Kulturentwicklungsplan nachgewiesen, dass alle angedachten Maßnahmen – wie beispielsweise

se das Tanzhaus – mit einem solchen Ansatz finanzierbar wären. Dem sei nun die Wirtschafts- und Finanzentwicklung und damit die Haushalts- und Einnahmesituation der Stadt in die Quere gekommen. Demnach sei die Finanzierung nicht über den Haushalt abgedeckt. Er geht im Moment sogar davon aus, dass man noch nicht einmal alle bestehenden Einrichtungen und Initiativen halten oder im gewohnten Umfang fördern könne. Außerdem könne man keine neuen Vorhaben angehen. Beim Thema Tanzhaus handele es sich um eine Art Grenzsituation, weil es zum Teil bereits in Angriff genommen worden sei. Er macht noch einmal deutlich, dass dies im Moment weder aus dem Kulturhaushalt, noch aus dem allgemeinen Haushalt finanzierbar sei.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister betont, dass dies zwar eine dämpfende Information sei, aber es sei wichtig für die Beratungen, darüber in Kenntnis gesetzt worden zu sein.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

3 Kulturbauten

Herr von Rautenstrauch weist zunächst darauf hin, dass der Ausschuss Kunst und Kultur für die Preview am 21. Oktober 2010 zur Eröffnung des Kulturzentrums am Neumarkt eingeladen werde. Er zeigt außerdem auf, dass in der kommenden Ratssitzung eine Dringlichkeitsentscheidung genehmigt werde, die bereits in der Presse und in der Freien Szene für Aufsehen gesorgt habe. Die Freie Szene habe sich in einem Appell an die Kölner Politik erregt, dass für den Bandanbau Mehrkosten in Höhe von 11,7 MIO. EUR berechnet worden seien. Es werde jedoch bei genauer Betrachtung der Anlagen zu der Dringlichkeitsentscheidung deutlich, dass die reinen Baukosten nicht angestiegen seien. Der Vorlage sei ebenfalls zu entnehmen, dass noch geprüft werden müsse, warum die Planungskosten gestiegen seien. Um festzustellen, ob die Forderungen der ARGE und der Planer wirklich rechtens seien, habe man ein Anwaltsbüro eingeschaltet. Er weist zudem auf die dreiprozentige Erhöhung der Mehrwertsteuer hin. Außerdem seien durch Planungsfehler oder Planungsversäumnisse seitens der Stadt Köln ebenfalls Mehrkosten entstanden. Er nennt als Beispiel einige Laboreinrichtungen, die nicht in die Planung eingeflossen seien. Er bittet darum, die Dringlichkeitsentscheidung im Rat anzuerkennen. Es handele sich hierbei um Kosten, die zwingend notwendig seien, um das Gebäude in einen Zustand zu versetzen, wie man es zur Eröffnung erwarte.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bedankt sich für die Hinweise und betrachtet sie als Appell für die Diskussion im Rat. Die Ursachen der Mehrkosten müsse man an anderer Stelle diskutieren. Sie hält es allerdings für wichtig, dass solche Dinge geprüft werden, damit man für zukünftige Bauten wisse wo es hakt.

Ansonsten freue man sich auf die Eröffnung des Museums. Sie bedauert jedoch, dass einige Kulturpolitiker nicht anwesend sein könnten, da der Eröffnungstermin in den Herbstferien liege.

Herr von Rautenstrauch merkt an, dass das Gebäude am Ubierring auch zu den Kulturbauten zähle und bedauert, dass dies dem Liegenschaftsamt übergeben worden sei und nicht mehr der Zuständigkeit des Kulturdezernates obliege.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bittet die Verwaltung, dem Ausschuss Kunst und Kultur einen Sachstand bezüglich des Gebäudes am Ubierring vorzulegen.

4 Schriftliche Anfragen

4.1 Anfrage der Fraktion pro Köln betreffend "Zustand des aus dem eingestürzten Stadtarchiv geborgenen Archivgutes" AN/1398/2010

Vorsitzende Dr. Bürgermeister weist darauf hin, dass die Beantwortung unter dem Tagesordnungspunkt 10.3 vorliegt.

4.2 Anfrage des sachverständigen Bürgers für die Denkmalpflege, Herrn Dr. Heinemann, betreffend "Beteiligung der Stadt Köln an der gemeinnützigen GmbH Butzweilerhof" AN/1520/2010

Beigeordneter Prof. Quander weist darauf hin, dass die Antwort noch nicht vorliege, da diese noch mit dem Oberbürgermeister und dem Amt für Stadtentwicklung abzustimmen sei.

5 Schriftliche Anträge

5.1 Gemeinsamer Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Darstellung der Sparten im Kulturausschuss" AN/1586/2010

Herr Dr. Wackerhagen bittet darum, den Begriff Sparten in diesem Zusammenhang genauer zu erläutern.

RM Dr. Elster kritisiert, dass der Antrag kurzfristig eingegangen sei und es keine Möglichkeit für seine Fraktion gegeben habe, darüber zu diskutieren. Außerdem befürchtet er, dass bei einer umfangreichen Berichterstattung der einzelnen Sparten im Ausschuss Kunst und Kultur die Sitzungsdauer zu sehr beansprucht werde.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister weist darauf hin, dass man die Tagesordnung bereits gekürzt habe, um die Sitzungsdauer zu reduzieren.

RM von Bülow hebt hervor, dass im Kulturentwicklungsplan zwei nebeneinander gleichberechtigte Säulen der Kultur dargestellt worden seien. Es sei stets gefordert worden, den Kulturentwicklungsplan umzusetzen. Dazu wolle man einen kleinen Schritt tun, in dem man der Freien Szene den Gang in die Öffentlichkeit und in den Ausschuss Kunst und Kultur gewähre, damit sie ebenso wahrgenommen werde wie die Institutionen. Dies sei das eigentliche Anliegen des Dringlichkeitsantrages. Sie führt weiter aus, dass die einzelnen Sparten an sich ein weiteres Anliegen des Kulturentwicklungsplanes seien. Hier sollen beispielsweise verschiedene Förderpläne der Institutionen und der Freien Szene in einem Dialog zueinander stehen. Dies betreffe nicht nur den Dialog innerhalb der Sparten, sondern auch den mit der Öffentlichkeit und damit stellvertretend mit dem Ausschuss Kunst und Kultur. Es gehe insbesondere darum, dass die einzelnen Sparten die Möglichkeit besitzen, sich darzustellen. Sie weist abschließend darauf hin, dass dies nicht durch einen langen Vortrag geschehen soll, sondern durch eine schriftliche Mitteilung an den Ausschuss. Ein jeweiliger Vertreter der Sparte stehe für Fragen zur Verfügung.

Frau Ruiten hält es für zwingend erforderlich und seit langem überfällig, dass die Freie Szene mehr Raum bekomme und schlägt vor, beispielsweise die neue Intendantin des Theaters „Der Keller“ einzuladen, um ihr Projekt vorzustellen. Sie spricht sich im Namen ihrer Fraktion für den Antrag aus.

Herr Dr. Gellner zeigt auf, dass bereits mehrfach gefordert worden sei, die Freie Szene zu Wort kommen zu lassen. Dies hält er für legitim und dies sei an sich der Hintergrund des Antrages. Er sei sich darüber im Klaren, dass der Ausschuss Kunst und Kultur zeitlich überlastet sei. Deshalb müsse die Darstellung der Sparten in eine machbare Form gebracht werden. Die Szene selbst müsse sich darüber einigen, welche Themen für sie wichtig seien. Um sich vorher damit auseinandersetzen zu können, sollte das Ganze schriftlich eingereicht werden, um die Behandlung eines solchen Punktes zeitlich zu verkürzen.

Herr Dr. Soénus spricht sich grundsätzlich für den Antrag aus, weist jedoch auf die Problematik der Auswahl der Vertreter für die Freie Szene hin. Er schlägt vor, dies mit den Referenten des Kulturamtes entsprechend abzustimmen.

Herr Dr. Wackerhagen teilt grundsätzlich die Auffassung seiner beiden Vorredner. Er schlägt vor, den Antrag gemeinsam so zu konkretisieren, damit die Freie Szene die Politik für die Umsetzung nicht kritisieren könne.

Frau Sperring merkt an, dass es bereits mehrere gut funktionierende Netzwerkverbindungen gebe. Diese könnten Sprecher aus der Szene in den Ausschuss Kunst und Kultur entsenden. Sie hält es grundsätzlich für wichtig, dass sich Leute aus der Szene selbst repräsentieren können. Die Theaterkonferenz sei hier gewissermaßen Vorreiter. Sie weist darauf hin, dass es beispielsweise seit zehn Jahren den Initiativkreis Freie Musik gebe, der einen Sprecherrat habe, welcher legitimiert im Ausschuss Kunst und Kultur vorsprechen könne. Außerdem gebe es SUMO, ein Netzwerk der Bildenden Kunst, wo es ebenfalls legitimierte Sprecher gebe. Mit diesen Beispielen könne man die nächsten Sitzungen sinnvoll bestücken. Es müsse ihres Erachtens gleichzeitig überlegt werden, wie man die anderen Netzwerke einbringen könne. Außerdem macht sie deutlich, dass es darum gehe, qualifizierte Texte vorzulegen, die der Ausschuss Kunst und Kultur zur Kenntnis nehme und ein Vertreter der jeweiligen Szene für Nachfragen zur Verfügung stehe. Von daher glaubt sie, dass weder der Zeitplan des Ausschusses in Verzug gerate, noch ein seltsam schräges Szenebild entstehe. Dies sei eine große Chance und ein Zeichen im Sinne des Kulturentwicklungsplanes bezüglich der Wertschätzung der Freien Szene. Sie hebt dabei hervor, dass dieses Zeichen kein Geld koste.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister schließt sich diesem Appell an. Sie weist zudem darauf hin, dass man den Ausschuss neu strukturieren und gemäß dem Kulturentwicklungsplan bestimmte Berichtsformen implementieren wolle. Man beauftrage die Verwaltung, dieses Berichtswesen einzuführen. Sie wirbt dafür, dies zunächst als Versuch anzusehen und betont, dass ein Versuch auch Fehler aufzeigen könne. Dieser Versuch sei zum Teil mit den Netzwerken abgestimmt bzw. gehe auf deren Wünsche ein und koste nichts. Außerdem werde ihres Erachtens das breite Spektrum des kulturellen Angebotes stärker berücksichtigt. Sie sieht dies als große Chance, der Freien Szene im Ausschuss Kunst und Kultur Gehör zu verschaffen und möchte von daher dafür werben, sich darauf zu verständigen, dass die Umsetzung versuchsweise für ein Jahr erfolgen soll.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Sparten Musik, Darstellende Kunst (mit Theater und Tanz), Bildende Kunst (mit Fotografie) und Medien (Film, Literatur) die Möglich-

keit zu geben, den Kulturausschuss regelmäßig über das Geschehen, die aktuelle Situation und die Perspektiven ihrer Arbeit schriftlich zu berichten. Die Sparten sollen dazu jeweils abwechselnd und in möglichst jeweils halbjährlichem Rhythmus schriftlich an den Kulturausschuss berichten und dabei sowohl den Bereich der freien als auch der institutionellen Kulturschaffenden berücksichtigen. Vertreterinnen/Vertreter der Sparten sind zu der jeweiligen Sitzung hinzuzuladen, um für Rückfragen aus dem Ausschuss zur Verfügung zu stehen.

Der jeweilige Tagesordnungspunkt soll zu Beginn der Sitzung vorgesehen werden und eine Zeit von max. 20 Minuten nicht überschreiten. **Die Umsetzung soll versuchsweise für 1 Jahr erfolgen.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6 Allgemeine Vorlagen

6.1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft 1346/2010

Frau Senol weist darauf hin, dass ein jährlicher Förderbetrag, der anteilig 40 Cent pro Einwohner mit Migrationshintergrund betrage, für interkulturelle Projekte zur Verfügung gestellt werde. Für die Jahre 2009 bis 2014 seien Handlungsempfehlungen für die Zukunft vorgestellt worden. Sie fragt, ob ein Konzept mit der interkulturellen Szene erstellt werde und bittet darum, ggf. den aktuellen Sachstand darzustellen. Außerdem sei es ihr wichtig zu erfahren, ob die Verwaltung bezüglich der Verbesserung der Haushaltsmittel Vorschläge machen könne. Sie fragt außerdem nach dem Sachstand der Fakten und Informationen über die interkulturelle Szene.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bittet darum, die Fragen entsprechend weiterzuleiten. Sie weist darauf hin, dass die Beschlussvorlage von der Verwaltung zurückgestellt worden sei.

Die Vorlage wurde von der Verwaltung zurückgestellt.

6.2 Beurteilung des Vorschlags 698/100 zum Bürgerhaushalt - Meschenich - Bücherangebot durch Bücherbus verbessern 1730/2010

Die Vorlage wurde in die Hpl.-Beratungen verwiesen.

6.3 Neufestsetzung der Eintrittspreise für die Erwachsenen-Puppensitzung, für Erwachsene in der Kinderpuppensitzung und Erwachsenenvorstellungen 2267/2010

RM von Bülow bittet darum, die zusätzlichen Erträge durch die Preiserhöhung näher zu erläutern. Es sei ihr nicht ganz klar, welches Volumen tatsächlich erwartet werde und warum es zunächst sinkt und sich von 2011 bis 2012 quasi verdoppelt. Sie fragt außerdem, warum man die Preise für alle Erwachsenenvorstellungen nicht zur selben Zeit erhöhe.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister stellt dar, dass man im Prinzip alle Dinge, die mit Haushaltsplanberatungen zu tun haben, zusammenfassen wolle. Von daher fragt sie, ob es einen drängenden Grund gebe, die Neufestsetzung der Eintrittspreise in der heutigen Sitzung zu beschließen.

Der Intendant der Puppenspiele Malchers erklärt, dass die Erhöhung auf 25 EUR in der heutigen Sitzung beschlossen werden muss, weil in 9 Tagen bereits der Vorverkauf beginne. Außerdem seien die Vorschauen des Hännischen-Theaters mit dem Hinweis, dass ein neuer Preis bekanntgegeben werde, bereits gedruckt. Zu den Schwankungen der Zahlen erklärt er, dass dies mit der Länge der Session zusammenhänge. Im Jahre 2011 sei die Session besonders lang und demnach seien die Einnahmen entsprechend höher. Er macht darauf aufmerksam, dass der Eintritt für die Puppensitzungen teurer sei, als für eine normale Vorstellung. Die Preise für die normalen Vorstellungen könne man erst für die Spielzeit 2011/2012 erhöhen, weil bereits am 1. April 2010 der Vorverkauf für die jetzige Spielzeit begonnen habe. Die Erwachsenenvorstellung koste derzeit 16,50 EUR und werde für die kommende Spielzeit auf 18,50 EUR erhöht.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister stellt fest, dass es nach den Erläuterungen des Intendanten der Puppenspiele nachvollziehbar sei, warum die Beschlussvorlage in der heutigen Sitzung verabschiedet werden muss.

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlussvorschlags:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Neufestsetzung der Eintrittspreise bei den Puppenspielen der Stadt Köln wie folgt:

1. Die Eintrittspreise werden ab der Spielzeit 2010/2011 für
 - a) die Erwachsenen-Puppensitzung um 2,50 €/Besucher (von 22,50 € auf 25,00 €) und
 - b) für Erwachsene in der Kinderpuppensitzung um 2 €/erwachsener Besucher (von 10,00 € auf 12,00 €) erhöht.
2. Die Eintrittspreise für die Erwachsenenvorstellungen werden ab der Spielzeit 2011 um 2 €/Besucher (von 16,50 € auf 18,50 €) erhöht.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.4 Bedarfsprüfung, Einleitung eines Vergabeverfahrens und Abschluss von Verträgen für die Lieferung von Hard- und Software für die Einführung der RFID-Technologie bei der Stadtbibliothek Köln 5422/2009

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bittet darum, die Anmerkung des Rechnungsprüfungsamtes zur freihändigen Vergabe zu erläutern. Außerdem fragt sie, ob es nur einen Anbieter gebe.

Herr Becker von der Stadtbibliothek erklärt hierzu, dass es vor zwei Jahren eine Marktuntersuchung gegeben habe. Zu diesem Zeitpunkt konnte ein bestimmtes Gerät nur von einem Anbieter geliefert werden. Diese Marktuntersuchung sei die Grundlage für diese Kalkulation gewesen. Man hoffe nun, dass durch die europaweite Ausschreibung eine Konkurrenzsituation eintrete.

Beschluss:

1. Der Ausschuss Kunst und Kultur ermächtigt die Verwaltung - vorbehaltlich einer gesicherten Förderzusage des Landes in Höhe von 100.000 € - zur Durchführung von Vergabeverfahren zur Beschaffung von Hard- und Software sowie der temporären Anmietung von Hardware für die Einführung der RFID-Technologie bei der Stadtbibliothek.

Er verzichtet zugleich auf die Erteilung eines Vergabevorbehaltes.

2. Der Finanzausschuss beschließt - vorbehaltlich einer gesicherten Förderzusage des Landes in Höhe von 100.000 € - die erste Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen für die neue Maßnahme in Höhe von 343.500 € bei Finanzstelle 4300-0418-0-0200 – RFID-Verbuchungssystem, im Teilfinanzplan 0418 – Stadtbibliothek, Teilplanzeile 9 – Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen zur Finanzierung der erforderlichen Hardware.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

7 Sonderausstellungen

7.1 Genehmigung der Mittelverwendung für Sonderausstellungen der Museen - Fortschreibung 3282/2010

Frau Brunn verweist auf die Ausstellung des Stadtarchivs, welche von Berlin nach Köln geholt worden sei. Sie halte dies für begrüßenswert, zeigt sich jedoch verwundert, dass man hierfür keinen Eintritt nehme. Sie hatte erwartet, dass nicht nur Eintritt genommen werde, sondern auch dafür geworben werde, damit Bürger sich finanziell für die Wiederherstellung des verlorengegangenen Kulturgutes engagieren. Sie befürchtet, dass bei freiem Eintritt das Gegenteil eintrete.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister unterstreicht dies und weist darauf hin, dass für die Ausstellung in Berlin ebenfalls Eintritt verlangt worden sei. Von daher stellt sich ihr die Frage, warum man das in Köln nicht ebenfalls praktiziere und zusätzlich Spendenboxen aufstelle, um dafür zu werben, dass noch mehr Geld benötigt werde.

Beigeordneter Prof. Quander erläutert, dass die Ausstellung zur Sponsorenakquise genutzt werde. Hierfür gebe es nicht nur die Box, sondern auch einen Stand, an dem die Stiftung präsent sei und werbe. Außerdem seien verschiedene Aktionen geplant, zu denen man potenzielle Spender einlade, um sie mit einem Begleitprogramm durch die Ausstellung zu führen. Er bestätigt, dass die Ausstellung in Berlin Eintritt gekostet habe. Dies war jedoch eine andere Situation, weil man dort zu Gast gewesen sei. Die dort aufgestellte Spendenbox habe leider nicht viel eingebracht. Dafür seien über 20.000 EUR durch Restaurierungspaten eingeworben worden. Einen solchen Betrag habe man mit den Einnahmen der Eintrittsgelder nicht erlangt. Deshalb sei man der Auffassung, wenn dem Kölner Publikum das Ergebnis der Folgen dieser Katastrophe gezeigt und zugänglich gemacht werde, dafür keinen Eintritt zu verlangen. Er ist davon überzeugt, dass man bei freiem Eintritt und über freiwillige Spenden in einem wesentlich höheren Umfang Gelder einwerben könne.

Freifrau von Oppenheim kritisiert, dass in Berlin die Spendenboxen sehr versteckt aufgestellt gewesen seien und bittet darum, dies in Köln sorgfältiger zu handhaben.

Sie schlägt vor, entweder Eintritt zu nehmen, oder eine entsprechende Kampagne zu starten, damit die Besucher das Gefühl haben, etwas dafür getan zu haben. Es dürfe außerdem nicht der Eindruck entstehen, dass die Sponsoren alle Kosten tragen. Sie spricht sich gegen den freien Eintritt aus.

Herr Sörries vertritt ebenfalls die Ansicht, dass die Ausstellung nicht umsonst sein dürfe. Es gebe auch die Möglichkeit, den Eintrittspreis selber festzulegen. Er schlägt eine freiwillige Spende als Eintrittspreis vor.

Herr Dr. Soénus weist darauf hin, dass die Eintrittsgelder der Museen automatisch in den Verwaltungshaushalt einfließen. Dies bedeute, dass die Einnahmen dem Historischen Archiv nicht zur Verfügung stehen würden. Es sei richtig und wichtig, dass die Spendenbereitschaft motiviert werde und das bringe bei freiem Eintritt mehr Erfolg, weil mehr Bürger die Ausstellung besuchen. Schließlich sei das Historische Archiv das Archiv der Bürger. Er appelliert an die Mitglieder des Ausschusses, der Vorlage zuzustimmen. Außerdem spricht er sich für kostenlosen Eintritt und ein verbessertes Marketing aus.

RM Zimmermann plädiert ebenfalls für kostenlosen Eintritt, weil der Bürger nicht nachvollziehen könne, warum er für Ausstellung über ein Desaster, welches ihn sogar betroffen habe, bezahlen soll. Er bemerkt, dass das Archiv zwar allen Bürgern gehöre, die Verantwortung für den Einsturz allerdings nicht von den Bürgern zu tragen sei.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister stellt fest, dass die Mitglieder des Ausschusses sehr unterschiedliche Positionen vertreten. Sie schlägt daher vor, in der heutigen Sitzung nicht darüber abzustimmen und bittet darum, zur nächsten Sitzung zu präzisieren, wie die konkreten Planungen aussehen und wie man die Sponsoren ansprechen wolle. Außerdem sei zu prüfen, ob man nicht einen geringen Eintritt erheben sollte, um unter anderem deutlich zu machen, dass es sich um eine Veranstaltung handle, die Geld koste.

Sie sei froh, dass die Ausstellung jetzt eingeplant und in Köln gezeigt werde und erhoffe sich einen großen Schwung an Unterstützung aller Bürger zur Behebung des entstandenen Schadens.

Der stellvertretende Leiter des Historischen Archivs Dr. Fischer betont, dass es wichtig sei, in der heutigen Sitzung zu einer Entscheidung zu kommen, da Flyer und Plakate gedruckt werden müssen. Man könne sich demnach nicht erst in zwei Wochen überlegen, ob man Eintritt nehmen wolle. Ein entscheidender Aspekt für die Entscheidung zu freiem Eintritt sei, den Kölner Bürgern etwas für die Hilfe zurückgeben zu wollen. Das Historische Archiv und die Stadtverwaltung möchten sich auf diesem Wege für den Umfang von ungefähr 85.000 geleisteten Helferstunden bedanken.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bedankt sich für diesen wichtigen Hinweis, der in dieser Form nicht aus der Vorlage hervorgegangen sei. Es sollte in dem Flyer deutlich werden, dass das ein Dankeschön für das große Engagement der Kölnerinnen und Kölner darstelle. Sie halte dies für einen wichtigen Grund und könne nun auch das Zeitargument verstehen. Unter diesen Aspekten sei ein freier Eintritt ebenfalls nachvollziehbar.

Herr Knieps bittet allgemein darum, die Kosten von Sonderausstellungen künftig genauer aufzuschlüsseln.

Beschluss:

Der Ausschuss für Kunst und Kultur beschließt die Verwendung der Mittel für die in der Beschlussbegründung im einzelnen aufgeführten Ausstellungsprojekte unter dem Vorbehalt, dass Kostensteigerungen oder Abweichungen bei der Refinanzierung der

einzelnen Ausstellungen von mehr als 10 %, mindestens jedoch 10.000 € zur erneuten Entscheidung vorgelegt werden. Der Beschluss ergeht zudem unter dem Vorbehalt, dass sich aus dem weiteren Hpl.-Verfahren 2010 ergebende Änderungen in der Budgetierung der Museen auch auf die Mittelverwendung der diesem Beschluss zu Grunde liegenden Ausstellungskalkulationen niederschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

8 Annahme von Schenkungen

8.1 Annahme einer Schenkung an die Stadt Köln, Museum Schnütgen hier: Gotisches Holzrelief mit der "Anbetung der Heiligen Drei Könige" 3283/2010

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlussvorschlags:

Der Rat nimmt die Schenkung eines gotischen Holzreliefs für das Museum Schnütgen mit der „Anbetung der Heiligen Drei Könige“ durch Frau Edda und Herrn Friedrich Wolfgang Tegethoff, 53343 Wachtberg, mit Dank an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Der 2. stellvertretende Vorsitzende Dr. Elster übernimmt die Sitzungsleitung.

9 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

10 Mitteilungen der Verwaltung

10.1 Künstlerdossiers in der Kunst- und Museumsbibliothek der Stadt Köln (KMB) 2566/2010

Die Mitteilungen 10.1 und 10.2 wurden gemeinsam behandelt.

10.2 Projekt "Kunst- und Ausstellungendokumentation" der Kunst- und Museumsbibliothek der Stadt Köln und des Seminars für Kunstgeschichte der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf 2582/2010

Herr Dr. Soénus schlägt zunächst vor, die Tagesordnungspunkte 10.1 und 10.2 gemeinsam zu behandeln.

Er begrüßt das Künstlerdossier, insbesondere weil das Projekt kostenneutral sei. Er lege jedoch Wert darauf, dass die Kunst- und Museumsbibliothek als solche über den Bibliothekscode gesichert sei. Er vertritt zudem die Auffassung, dass Künstlerkleinschriften eigentlich kein bibliotheksrelevantes Material seien. Hierüber könne lange gestritten werden, da es sich um Archivgut handele. Er fragt, ob es eine Kooperation mit dem Institut für Moderne Kunst in Nürnberg gebe.

Herr Sörries fragt, ob das Einwerben der Kleinschriften mit dem Wissen einer geplanten Schließung geschehen sei. Er bezweifelt, dass die Kölner Künstler ihre Materialien einem Institut zur Verfügung zu stellen, welches irgendwann geschlossen werden soll. Für seine Begriffe dürfte die Kunst- und Museumsbibliothek jedoch nicht zerschlagen werden. Hiermit müsse man sich in der Haushaltsdebatte auseinandersetzen, um festzustellen, wie es mit der Institution weitergehe.

Die Leiterin der Kunst- und Museumsbibliothek Dr. Purpus erklärt, dass das Anschreiben an die Künstler vor der Information einer eventuellen Schließung versandt worden sei. Auch bei dem Hauptteil der Eingänge sei nicht bekannt gewesen, dass die Kunst- und Museumsbibliothek zur Schließung vorgeschlagen werde. Sie bejaht eine Kooperation mit dem Institut für Moderne Kunst in Nürnberg und hebt hervor, dass sowohl das Institut für Moderne Kunst in Nürnberg als auch die Kunst und Museumsbibliothek entsprechend regionale Schwerpunkte habe. Die Gründung des Nürnberger Instituts sei noch nicht so lange her, deshalb seien gerade diese Kleinschriften ein einmaliger Bestand. Sie weist darauf hin, dass die Kunst und Museumsbibliothek in Kooperation mit dem Institut für Kunstgeschichte in Düsseldorf das Projekt „Kunst- und Ausstellungen dokumentation“ durchführe.

Herr Sörries fragt, ob die vom Land zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von 44.900 EUR im Falle einer Schließung der Kunst- und Museumsbibliothek zurückgezahlt werden müssen. Außerdem möchte er wissen, ob es weitere Gelder gebe die davon noch betroffen seien, falls es zu dieser Situation komme.

Der 2. stellvertretende Vorsitzende Dr. Elster bittet darum generell darzustellen, wie viel Geld an externer Förderung verloren ginge, wenn man die Kunst- und Museumsbibliothek schließen würde.

Beigeordneter Prof. Quander weist darauf hin, dass dies momentan geprüft werde und er demnach keine abschließenden Zahlen nennen könne. Das Thema Kunst- und Museumsbibliothek sei erst für 2012 in der Planung und nicht für den aktuellen Haushaltsbeschluss. Er weist außerdem darauf hin, dass es diesbezüglich eine Anfrage der CDU-Fraktion gegeben habe, die noch nicht abschließend beantwortet sei. Hier müsse man sich verwaltungsintern absprechen.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungen zur Kenntnis.

10.3 Beantwortung der Anfrage der Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln e.V. im Rat der Stadt Köln vom 26.07.2010 - Zustand des aus dem eingestürzten Stadtarchiv geborgenen Archivgutes 3286/2010

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**10.4 Internetpräsenz des Kulturamts
3348/2010**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**10.5 Kölner Bündnis für eine gewaltfreie Erziehung: Einladung zur Eröffnung der Ausstellung "Was heißt den hier Respekt? Respekt, das Thema geht uns alle an!" am 09. September 2010 um 18.00 Uhr in den Colonaden im Kölner Hauptbahnhof
3458/2010**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**10.6 Erfahrungsbericht nach Neufassung der Satzung zur Vergabe der Förderstipendien der Stadt Köln
2609/2010**

Beigeordneter Prof. Quander berichtet ergänzend, dass das Kuratorium der Horst und Gretl Will-Stiftung in seiner Sommersitzung die Verlängerung des Vertrages mit der Stadt Köln um weitere 10 Jahre beschlossen habe. Diese Vereinbarung trete rückwirkend zum 01.01.2010 in Kraft und habe eine Laufzeit bis zum 31.12.2019. Damit sei der Fortbestand des Stipendiums für Jazz und Improvisierte Musik für die nächsten 10 Jahre gesichert.

Der 2. stellvertretende Vorsitzende Dr. Elster bedankt sich im Namen des Ausschusses Kunst und Kultur.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**10.7 Anmietung der Porta-Logistikhalle in Porz-Lind zur Einrichtung des Restaurierungs- und Digitalisierungszentrums (RDZ)
3473/2010**

Auf Anfrage von Herrn Sörries informiert der stellvertretende Leiter des Historischen Archivs Dr. Fischer, dass der im Handwerkskammer-Gebäude am Heumarkt eingerichtete Lesesaal als digitaler Lesesaal genutzt werde. Hier könne am Computer digitales Archivgut betrachtet werden. Außerdem stehen Mikrofilm-Lesegeräte zur Verfügung. Analoges Archivgut, welches den Einsturz überlebt habe und wieder nutzbar sei, wolle man in Porz-Lind anbieten. Aus Versicherungsgründen sei dies am Heumarkt nicht möglich. Es gebe zudem keine Transport- oder Lagermöglichkeiten. Deswegen gebe es zwei Lesesäle.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**10.8 Neubau des Historischen Archivs und der Kunst- und Museumsbibliothek
3650/2010**

Herr Soénius hält es für unabdingbar, in der Jury, die über den städtebaulichen Wettbewerb entscheide, Archivare und einen Bibliothekar zu beteiligen. Er bittet darum, dass nicht nur Architekten der Jury angehören.

Beigeordneter Prof. Quander ergänzt, dass dies sichergestellt und mit dem Baudezernenten abgestimmt sei. Die Fachleute für die Jury habe man bereits benannt.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**10.9 Denkmalpflegerisches Gutachten Melaten
3691/2010**

Herr Dr. Heinemann fragt, ob es eine Möglichkeit der Einsicht in das gesamte denkmalpflegerische Gutachten gebe. Außerdem verweist auf die Mitteilung, in der unter anderem formuliert worden sei, dass es Aufgabe der Stadt Köln in den kommenden Jahren sein müsse, die akut anstehenden Sanierungsmaßnahmen in die Wege zu leiten, die privaten Verantwortlichen in die Pflicht zu nehmen und das Konzept der Patenschaften weiter zu entwickeln und zu modifizieren und eine Sensibilität von Interessenten für die schadhafte, bedrohten Denkmäler zu entwickeln. Er bittet darum, dass dies nicht nur in der Mitteilung zum Ausdruck gebracht, sondern vollzogen werde.

Der stellvertretende Vorsitzende Dr. Elster schließt sich der Aussage im Namen des Ausschusses an.

Stadtkonservatorin Dr. Kaymer bejaht die Möglichkeit, das gesamte Gutachten einzusehen. Momentan gebe es verwaltungsinterne Abstimmungen zwischen dem Friedhofsamt und ihrem Amt. Außerdem seien entsprechende Schritte eingeleitet worden, um weitere Haushaltsmittel für die nächsten Jahre einzustellen, um ein Interesse zu wecken, die Patenschaften einzusetzen. Ferner weist sie darauf hin, dass in einem mittelfristig bis kurzfristigem Zeitraum das gesamte Gutachten auch im Internet abrufbar sein werde. Im Oktober werde man dieses Gesamtgutachten als Buch mit CD zum 200-jährigen Geburtstag von Melaten veröffentlichen.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**10.10 Sanierung der Orangerie im Volksgarten
3514/2010**

Der stellvertretende Vorsitzende Dr. Elster macht darauf aufmerksam, dass man hier etwas memorieren müsse, was eben bereits angesprochen worden sei. Es ging hierbei um das Thema Tanz in der Orangerie. Dies bedeute, dass die Verwaltung über diese Mitteilung hinaus weiterhin gefordert sei.

Frau Brunn entnimmt der Mitteilung, dass es in diesem Jahr noch die Möglichkeit gebe, entsprechende Mittel einzuwerben, weil man im Städtebauministerium auf eine Nachrückliste gekommen sei. Dies sei aus ihrer Sicht eine positive Entwicklung.

Sie bittet darum, in einer der nächsten Sitzungen über den aktuellen Sachstand der Spielstätte Wachsfabrik zu berichten.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Der 2. stellvertretende Vorsitzende Dr. Elster übergibt die Sitzungsleitung wieder an die Vorsitzende Dr. Bürgermeister.

11 Mündliche Anfragen

11.1 Kunstwerk Ma'alot

RM Möller erinnert daran, dass sie in der letzten Sitzung nach dem Kunstwerk Ma'alot gefragt habe. Es sollte überprüft werden, ob es die Möglichkeit gäbe, im Zusammenhang mit der Neugestaltung der Domumgebung das Kunstwerk zu sanieren. Außerdem fragte sie, ob der Heinrich-Böll-Platz-Platz bzw. das Kunstwerk durch die Denkmalpflege geschützt seien. Es sei nicht damit getan, Klinkerplatten auszutauschen um den Boden wieder herzustellen. Dies sei ihres Erachtens nicht nur eine Angelegenheit des Amtes für Straßen- und Verkehrstechnik, sondern auch eine Frage, die den Ausschuss Kunst und Kultur betreffe. Sie bittet darum, die Anfrage zur nächsten Sitzung schriftlich zu beantworten.

11.2 Betriebskostenzuschüsse für das Kulturwerk des Bundesverbandes Bildender Künstler

Frau van Duiven fragt, inwieweit es richtig sei, dass in den Sparvorschlägen der Verwaltung das Kulturwerk des Bundesverbandes Bildender Künstler in den Betriebskostenzuschüssen 2011 auf Null gesetzt werde.

Kulturamtsleiter Dr. Schmidt-Werthern bejaht die entsprechende Planung des Kulturamtes, falls die Kürzungsvorgaben für 2011 Realität werden.

Frau van Duiven fragt, ob es ebenfalls richtig sei, dass der Vorstand des Bundesverbandes Bildender Künstler erst seit letzter Woche davon Kenntnis habe. Anders als in der Kunst- und Museumsbibliothek, wo man die Möglichkeit hatte, nach Solidarität zu suchen.

Kulturamtsleiter Dr. Schmidt-Werthern erläutert hierzu, dass man das Gespräch mit dem Vorsitzenden diese Woche geführt habe, weil es sich hierbei um keinen Vorschlag der „Task-Force“ handle, sondern um die eigene Umsetzung der im Raum stehenden Kürzungsvorgaben.

11.3 Haus Belvedere

RM Jung weist darauf hin, dass es in einer der letzten Sitzungen eine ausführliche Diskussion und einen Antrag zur Situation des Hauses Belvedere gegeben habe. Er fragt, ob es neue Erkenntnisse seitens der Verwaltung gebe und wie der aktuelle Sachstand sei.

Beigeordneter Prof. Quander erklärt, dass hierzu eine schriftliche Mitteilung zur nächsten Sitzung vorgelegt werde.

11.4 Aufstellung eines Hinweisschildes an der Unglückstelle des Historischen Archivs

Herr Dr. Soénus weist auf seine Anregung in der letzten Sitzung hin, an der Unglückstelle des Historischen Archivs ein Hinweisschild bezüglich des Einsturzes aufzustellen. Er erkundigt sich nach dem momentanen Sachstand.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister berichtet, dass der Oberbürgermeister sich diesbezüglich eindeutig positiv ausgesprochen habe. Im Namen des Ausschusses Kunst und Kultur unterstreicht sie, dass man die Aufstellung eines Hinweises ebenfalls unterstützen werde.

11.5 DC-Open Düsseldorf-Köln

Herr Dr. Soénius weist darauf hin, dass am Wochenende die „DC-Open Düsseldorf-Köln“ stattgefunden habe. Er fragt, ob hierzu der Ausschuss Kunst und Kultur und die Kölner Stadtspitze eingeladen worden sei. Der Minister und die Vertreter der Stadt Düsseldorf seien anwesend gewesen.

Freifrau von Oppenheim berichtet, dass die Einladung hierfür über die Galerien versandt worden sei. Viele haben daran nicht teilgenommen, weil man sich namentlich anmelden musste. Es müsse ihres Erachtens überlegt werden, ob man nicht künftig an zwei Wochenenden die „DC-Open Düsseldorf-Köln“ veranstalte, um das Pendeln zwischen Düsseldorf und Köln zu verhindern. Zudem sei das Angebot für ein Wochenende viel zu groß. Sie geht davon aus, dass die Stadtspitze eingeladen worden sei.

Beigeordneter Quander berichtet, dass er eine Einladung erhalten habe, jedoch die Einladungsliste nicht kenne und demnach nicht aussagen könne, ob die Stadtspitze eingeladen worden sei. Er räumt ein, dass es ein enormes Programm für ein Wochenende sei, beide Städte zu besuchen. Aber genau dies sei Sinn der Sache, um auf diesen Schwerpunkt hinzuweisen. Dies sei als öffentliche Veranstaltung für die überregionale Presse und für Besucher von Auswärts oder dem näheren Umfeld, die nicht an zwei Wochenenden anreisen, gedacht gewesen.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister schließt die öffentliche Sitzung.

gez. Dr. Eva Bürgermeister
(Vorsitzende)

gez. Uwe Freitag
(Schriftführer)

gez. Dr. Ralph Elster
(2. stellvertretender Vorsitzender)
TOP 10.1 bis 10.10